Politische Bildung an Berufsfachschulen

Category: Blog
geschrieben von Niklaus Gerber | 26. September 2024



In der Schweiz absolvieren gegen 70% der Jugendlichen eine Berufsausbildung.

Das sind jährlich rund 70‘000 junge Menschen [1], die sich auf den Weg in Richtung einer zwei-, drei- oder vierjährigen Lehre machen. An den Berufsfachschulen erfolgt die berufs-theoretische Ausbildung mittels der Berufskunde. Daneben besuchen die Lernenden Sport und die Allgemeinbildung. Letztere befähigt die jungen Berufsleute unter anderem, unsere Volkswirtschaft weiterzuentwickeln. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen das dreibeinige Netzwerk dar, in welchem sie sich auch nach der Grundausbildung bewegen.



Condorcet-Autor
Niklaus Gerber

In einem direktdemokratischen Land wie der Schweiz ist die politische Beteiligung zentral. Von den Menschen – den Bürgerinnen und Bürgern – braucht es dazu politische Kompetenz, um bei nachhaltigen und weitreichenden Gesetzen mit Auswirkungen auf die Ökologie, das ökonomische System und das Soziale mitbestimmen zu können. Viele Entscheide – insbesondere solche mit Zukunftsbedeutung – werden an der Urne gefällt.

Und hier liegt eines der größeren Probleme der jüngeren Generation: Die Stimmabstinenz [2]. Mit Blick auf wichtige Fragen zeigt sich hier ein dramatisches Bild. Mit dem Wissen, dass die Jahre zwischen dem 16. und 20. Altersjahr – also während der Lehrzeit – für die politische Identitätsentwicklung [3] entscheidend ist, darf diese Tatsache nicht unterschätzt werden. Im Gegenteil. Der Fokus auf die politische Bildung mit proaktiven Auseinandersetzungen bezüglich der vielen Zukunftsthemen ist zentral.



Laut einer Studie gibt es kaum Bestrebungen, das politische Interesse der Berufsschülerinnen und -Schüler zu wecken.

Der allgemeinbildende Unterricht an den Berufsfachschulen kann in Bezug auf das Stimmverhalten sehr viel leisten. Rund die Hälfte aller Lernenden erreichen während ihrer Ausbildungszeit das 18. Lebensjahr und damit die Mündigkeit. Sie werden stimm- und wahlberechtigt. Die Absenkung auf das Stimmrechtsalter 16 würde alle Lernenden resp. die ganze Lehrzeit umfassen. Die zahlenmäßigen

Auswirkungen der zwei neuen Jahrgänge auf ein Abstimmungsergebnis wären statistisch allerdings gering, das politische Zeichen an die Adresse der Zukunftsgenerationen hingegen bedeutsam.

Heterogenes Bild bezüglich Qualität und Quantität

In der erwähnten Untersuchung (Koller, 2017) kommt die Autorin zum Schluss, dass die politische Bildung in den einschlägigen Rahmen- und Schullehrplänen wohl enthalten sei. Allerdings präsentiere sich schweizweit ein äusserst heterogenes Bild in Bezug auf Qualität und Quantität. Grösstenteils würden konkrete Richt- und Lernziele für den politischen Unterricht fehlen. Die Zielformulierungen für das Erreichen nachhaltiger Kenntnisse und Fertigkeiten seien uneinheitlich, mehrheitlich unpräzis und mit wenig Stringenz. Insgesamt finde sich in der Mehrzahl der Lehrpläne kaum Bestrebungen, das politische Interesse der Schülerinnen und Schüler zu wecken. Die Einführung verbindlicher Standards puncto Inhalt und Umfang sei daher dringend angezeigt. Die Kantone mit ihren Erziehungs- resp. Bildungsdirektionen sowie das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) müssten hierzu eine Lanze brechen.

> *An der Nahtstelle zur Mündigkeit braucht es mehr politische Bildung. Es dürfte nicht sein, dass die jüngere stets von der älteren Generation überstimmt wird.*

Im Schullehrplan [4] Allgemeinbildung des Kantons Bern – als Beispiel – wird die politische Bildung unter dem Thema „Demokratie und Mitgestaltung“ aufgeführt.

Dotiert ist sie – abgestuft nach der Lehrzeitdauer [5] – mit 18, 24 oder 36 Lektionen und findet in allen Berufsausbildungen im 1. resp. 2. Lehrjahr statt. Diese Lernanlässe gehören zum obligatorischen Unterricht. Was hingegen nicht zum Pflichtauftrag einer allgemeinbildenden Lehrperson gehört, ist alles, was darüber hinaus geht und der politischen Bildung zuträglich wäre.

Folgende Schritte wären sinnvoll:

- Vorbereitungen der Lernenden auf eidgenössische und kantonale Abstimmungen und Wahlen müssten im Unterricht von allen allgemeinbildenden Lehrpersonen konsequent und aktiv bearbeitet werden.

- Volksabstimmungen mit Zukunftsauswirkungen müssten an den einzelnen Berufsfachschulen oder überregional als zusätzliche Anlässe [6] installiert werden. Die Abstimmungsvorlagen könnten so weiter in der Breite und Tiefe thematisiert und hinsichtlich ihrer Bedeutung behandelt werden.
- Die politische Bildung an den Berufsfachschulen müsste schweizweit vereinheitlicht, mit verbindlichen Standards versehen und insgesamt höher dotiert werden.



Schreinerlehrlinge an der Arbeit unter Anleitung des Lehrmeisters.

Fazit

Die Berufsfachschule ist derjenige Ort [7], an welchem die Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft auf ihre Rolle nach der Berufslehre vorbereitet werden. Auf ihrem Lebensweg in der Gesellschaft werden sie sich mit Zukunftsfragen auseinandersetzen und Antworten dazu finden müssen. Dabei geht es um die Welt von morgen.

Die demografische Situation kann nicht verändert werden. Mit einem höheren Politikverständnis und einer deutlich höheren Partizipation an der Urne kann jedoch Gegensteuer gegeben werden. An der Nahtstelle zur Mündigkeit braucht

es deshalb mehr politische Bildung. Es dürfte nicht sein, dass die jüngere stets von der älteren Generation überstimmt wird. [8] – Denn: Die Zukunft gehört den Jungen.

[1] Bundesamt für Statistik, Berufliche Grundbildung. Total Lehrverhältnisse über alle Berufe und Lehrjahre im 2021: 211’583. Davon ca. 90% mit einer EFZ-Lehre und ca. 10% mit einer EBA-Ausbildung.

[2] Analysen über mehrere Jahre zeigen, dass die Stimmbeteiligungsrate bei den jungen Wählerinnen und Wähler im Alter von 18 bis 24 stets und konsequent um 15-20% unter der gesamtdurchschnittlichen Rate von 45-50%. liegt.

[3] Dermont, C. und Stadelmann-Steffen, I., «Die politische Partizipation der jungen Erwachsenen», (2014).

[4] Übergeordnet existiert ein nationaler Rahmenlehrplan Allgemeinbildung, an welchem sich die einzelnen Schullehrpläne orientieren.

[5] Dotation bei der 2-jährige EBA-Lehre = 18 Lektionen, bei der 3-jährigen EFZ-Lehre = 24 Lektionen, bei der 4-jährigen EFZ-Lehre = 36 Lektionen.

[6] Die gibb Berufsfachschule Bern macht dies mit einer so genannten Polit-Woche mit dem Ziel, das politische Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern.

[7] Neben den Berufsfachschulen betrifft dies auch die Mittelschulen/Gymnasien oder allgemein die Schulen auf der Sekundarstufe 2.

[8] Das könnte früher oder später zu Generationenkonflikten führen. Und niemand hätte Schuld daran. Siehe hierzu Gerber, N., «Den Jungen die Zukunft – mit einem Generationenvertrag» in Schulführung im Alltag, 2023.